Freie Schulen wählen

Endlich-umsetzen!-Forderungen zur Landtagswahl 2026

Baden-Württemberg ist das Land der Schulen in freier Trägerschaft.

Mehr als 10% der Schülerinnen und Schüler besuchen in Baden-Württemberg eine Freie Schule. Die Landesverfassung schützt und fördert die freien und privaten Schulen in besonderer Weise. Die Freien Schulen sind für die baden-württembergische Landespolitik ein verlässlicher Partner bei der Weiterentwicklung einer vielfältigen und chancengerechten Bildungslandschaft. Umgekehrt wünschen sich unsere Schulen aber in der nächsten Legislaturperiode wieder mehr Verlässlichkeit und Unterstützung durch die Landespolitik.

Zur Landtagswahl 2026 haben die Schulen in freier Trägerschaft ihre *Endlich-umsetzen!*-Forderung in umfangreichen Positionspapieren zusammengestellt, die die Grundlage für die Zusammenarbeit mit Politik und Landesverwaltung in den kommenden Jahren sein soll. Die wichtigsten *Endlich-umsetzen!*-Forderungen finden Sie in diesem Flyer.

www.freie-schulen-waehlen.de

Gleichwertig, nicht gleichartig: Mehr Frei- und Experimentierräume für Schulen in freier Trägerschaft.

Schulen in freier Trägerschaft sollen Motor und Bereicherung für das Bildungssystem sein. Sie sollen gleichwertig, müssen aber nicht gleichartig sein. Dafür braucht es wieder mehr Frei- und Experimentierräume für unsere Schulen. Statt einer immer rigideren Orientierung an Vorgaben für staatliche Schulen, müssen Freie Schulen die notwendige Freiheit erhalten, um ihr eigenes Profil und Innovationen zu entwickeln.

Elternwahlrecht schützen: Freie Schulen müssen digital sichtbar bleiben.

Trotz staatliche Plattformen und der Digitalisierung von schulischen Vorgängen wie Anmeldeverfahren muss sichergestellt werden, dass keine Schülerlenkung an Schulen in kommunaler Trägerschaft stattfindet. Land und Kommunen müssen die freien Schulen auf ihren Plattformen gleichberechtigt wie die Schulen in kommunaler Trägerschaft abbilden und dadurch das Elternwahlrecht sicherstellen.

Kompetenzen stärken, statt Lehrer verhindern: Verantwortung für Lehrkräfteeinsatz an die Schulen geben.

Die Verantwortung für ihren Lehrkräfteeinsatz muss, wie in anderen Bundesländern, möglichst vollständig an die Freien Schulen übertragen werden: die aktuelle Bürokratie und zu engen formalen Maßstäbe der Schulaufsicht behindern die Lehrkräfteversorgung und pädagogische Weiterentwicklung der Freien Schulen und haben keinen Mehrwert für die Qualitätssicherung. Für Lehrkräfte ohne Lehramtsstudium muss es, neben Nachqualifizierungen, auch eine Bewährungsregelung für die Anrechnung auf die 2/3-Quote geben.

Privatschulfinanzierung: Lücken verlässlich schließen – Gleichbehandlung fortsetzen.

Trotz Vereinbarungen und Zusagen der Landesregierung, bei wichtigen Änderungen in der Bildungspolitik, die Privatschulfinanzierung anzupassen, gibt es immer noch größere Lücken. Der baden-württembergische Grundsatz, dass Freie Schulen mindestens 80 % der Kosten staatlicher Schulen erhalten, muss endlich konsequent auf alle Kostenarten angewendet werden und die Lücken geschlossen werden – insbesondere bei den Gebäudekosten, der Digitalisierung, den Ganztagsangeboten, der Inklusion und auch der Schulsozialarbeit. Beim Schulbau und Sanierung muss der Grundsatz der Gleichbehandlung mit den kommunalen Schulträgern auch wieder durch vergleichbare hohe Finanzmittel im Landeshaushalt eingehalten werden. Für die für den internationalen Wirtschafts- und Forschungsstandort Baden-Württemberg wichtigen internationalen Schulen, braucht es eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung ab 2027.

Digitale Entwicklung von Freien Schulen fördern – Daten von Kindern und Jugendlichen schützen!

Trotz der Beteiligung an digitalen Investitionsprogrammen des Bundes wie dem Digitalpakt II, sind Freie Schulen immer noch von vielen digitalen Entwicklung des Landes ausgenommen. Daher fordern wir, dass sämtliche durch Steuermittel finanzierten IT- und KI-Programme auch von allen Schülern und Schulen in freier Trägerschaft genutzt werden können bzw. eine komplette Refinanzierung dieser digitalen Kosten über die Privatschulförderung erfolgt. Es darf aber keine Verpflichtung der Freien Schulen zum Einsatz landeseigener Software oder Plattformen geben, insbesondere nicht, wenn dafür keine Implementierungskosten übernommen und der Support durch das Land nicht sichergestellt ist. Nicht nur für Freie Schulen muss es endlich auch eine Finanzierung für die Administrationskosten der Digitalisierung („Digitaler Hausmeister“) geben. Schützenswerte Daten von Kindern und Jugendlichen müssen an den Freien Schulen verbleiben.

Faire Chance für beamtete Lehrkräfte an Freien Schulen.

Das gesamte Bildungssystem profitiert von der Durchlässigkeit zwischen dem freien und staatlichen Schulwesen. Durch das staatliche Ausbildungsmonopol von Lehrkräften und die Möglichkeiten der Verbeamtungen sind die Freien Schulen aber darauf angewiesen, dass das Land sie bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgt bzw. den Wettbewerb nicht nachteilig zu ihren Lasten gestaltet. Die Freien Schulen müssen daher an allen Einstellungsprogrammen und Weiterqualifizierungen wie dem dualen Studium, dem Direkteinstieg und insbesondere der Beurlaubung von Landesbeamten fair beteiligt werden und die eigenen Nachqualifizierungen bedarfsgerecht ausbauen können. Bewährte beamtete Lehrkräfte an Freien Schulen dürfen nicht gegen ihren Willen zurückversetzt werden, der Wechsel von einem System ins andere muss durchlässig bleiben.

Endlich Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsberufe!

Baden-Württemberg ist eines der letzten Bundesländer in denen Schüler in Mangelberufen wie der Physiotherapie, Podologie oder Ergotherapie noch Schulgeld an freien Gesundheitsschulen bezahlen müssen. Dadurch ist die Patientenversorgung in Baden-Württemberg gefährdet, da Schüler zur Ausbildung in andere Bundesländer abwandern und nicht wieder zurückkehren. Die Schulgeldfreiheit muss endlich umgesetzt werden!

Sonderpädagogik und Inklusion nicht gegeneinander ausspielen!

Neben einer besseren schulischen Inklusion brauchen wir in Baden-Württemberg mehr denn je die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) für die Teilhabe und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischen Bedarfen. Die SBBZ müssen besser ausgestattet werden und verdienen für ihre wichtige Arbeit Respekt statt ideologischer Ausgrenzung.

Pflegeschulen besser fördern: Deutsch und Sozialarbeit sichern Pflege und Fachkräftebedarfe!

Freie Pflegeschulen sichern den Pflegestandort Baden-Württemberg. Die neue Landesregierung muss endlich für eine faire Refinanzierung von Mieten, Förderung von Bauen und Sanieren sorgen. Pflegeschülern, deren Blockunterricht nicht am Wohnort ist, muss wieder die Übernachtungspauschale gezahlt werden. Die Landesregierung muss die neue Pflegeassistenzausbildung durch Deutschunterricht und Sozialarbeit für die berufliche Integration ergänzen.

Mehr Informationen und Positionspapiere:

www.freie-schulen-waehlen.de

V.i.S.d.P.: C. Metke, Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen (AGFS)